

Mahtwurf

Kampfblatt der Werktdtigen

Der „Mahtwurf“ erscheint wochentlich, Redaktion und Verwaltung: Grazer, Erlaubeckgasse Nr. 20. Sprechstunden: tglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, VIII., Sincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5—10 Uhr abends Gasthaus Altmrdter, IX., Lazarethgasse 12. — Eingeladene Artikel mssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Mai 1929
Nr. 2 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Strafenverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung betrgt S. 1.40. Vierteljhrliche Bezugsgebhr fr Deutschland M. — 80. Die Bezugspreise sind im vorzuzahlen zu entrichten. — Postparcassenkonto Nr. 69371.

Selbst das bürgerliche Gericht muß feststellen: Der geschlossene Betrieb ist eine Lebensnotwendigkeit des Proletariats.

Heraus mit dem Hahenschwanz aus dem Betrieb! Jeder Betrieb — eine proletarische Zitabelle!

Die Arbeiterschaft der Firma Rothmüller in Wien setzte es vor einiger Zeit durch, daß der unorganisierte, gelbe Arbeiter Bariczlowits entlassen wurde. Der entlassene Gelbe klagte darauf den Betriebsrat Tumpf auf Schadenersatz und Verdienstentgang. Die Klage des Gelben wurde vor dem Zivillandesgericht (Oberlandesgerichtsrat Eg) abgewiesen. In der bemerkenswerten Begründung heißt es unter anderem:

„Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung ist beherrscht von dem Gedanken der Organisation. Nur ihrer Organisation haben die Arbeiter den Großteil der Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu verdanken... Der Versuch der Arbeiter, eine Idee durchzusetzen, von der die überwiegende Majorität der Staatsbürger jeder

politischen Richtung beherzcht sei, könne nicht gegen die guten Sitten verstoßen.“

Damit hat selbst ein Bourgeois-Gericht aussprechen müssen, daß es in einer Zeit, in der es eine feste Unternehmerorganisation gibt, auch das Recht, ja die Pflicht der Arbeiter ist, im Betrieb ihre geschlossene, alle umfassende Organisation aufzurichten, das Prinzip vom geschlossenen Betrieb rastlos zu verwirklichen. Wenn das gegenüber dem unorganisierten Gelben gilt, so gilt es tausendfach mehr von den organisierten gelben Nestern, den Heimwebrleuten im Betrieb.

Die Arbeiter in den Betrieben, in denen sich solche Spitzelmeister befinden, müssen energisch den Kampf organisieren, bis der letzte Hahenschwanz aus dem Betrieb verschwunden ist.

Nach 15 Jahren.

In wenigen Wochen werden es fünfzehn Jahre sein, fünfzehn Jahre seit jenem August 1914, in dem der Weltkrieg begann. In den vier Jahren des granenvollen Nordens wurde die Blüte des arbeitenden Volkes von Europa hinwegemgelt. Millionen sind für immer zu Krüppeln geschossen, zahllose Millionen von Frauen, Kindern und Erziehn raffte Not, bitterer Hunger dahin, zertrat die mörderische Kriegsindustrie, verdrängte die gestreckte Hungersnot der Rationierung. Unübersehbar sind die Leiden, die als Kriegsfolgen heute noch nicht überwandten sind: Erschütterte Gesundheit, zerstörte Familien, Verarmung und Verelendung.

Das war und ist der Anteil der arbeitenden Klassen in ganz Europa — in den Siegerstaaten und in den besiegten Staaten — am Weltkrieg. Aber damit ist die Bilanz nicht zu Ende.

Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sie, die diesen Weltkrieg planmäßig vorbereitet, sie ist als Sieger hervorgegangen. Throne sind gestürzt worden, Kronen sind in den Zerschellen getollert, aber geblieben ist: der Kapitalismus, der Kr. ist, die Herrschaft des Bourgeoisentums. Wohl haben sich im Rahmen des Weltimperialismus gewaltige Veränderungen ergeben: die Weltwirtschaft ging von England an Amerika über, der mächtige deutsche Imperialismus wurde England-Frankreich tributpflichtig gemacht. Aber nur an einem einzigen Abschnitt der weltumspannenden Herrschaft des Imperialismus gelang es den arbeitenden Massen, das Kapital wirklich zu schlagen, die Herrschaft der Bourgeoisie zu brechen, aus den Qualen des Krieges mit einem Sieg hervorzugehen: in Sowjetrußland.

Wie war es möglich, daß es dem Kapital gelang, die großen Massen an seinen Kriegswagen zu fetten? Wie war es erst recht möglich, das Proletariat in Mitteleuropa zu hindern, den Zusammenbruch der Fronten zu einem entscheidenden Schlag gegen den Kapitalismus auszunützen?

Heute — nach fünfzehn Jahren — steht der ungeheure Verrat der internationalen Sozialdemokratie noch genau so lebendig vor uns, wie an jenem 4. August 1914, da die Kunde durch Europa ging, die deutsche Sozialdemokratie habe die Kriegskredite bewilligt, als die Außerlich und Ventner zum „Sturm auf Paris“ aufriefen. Wie haben sie in allen Ländern der Welt alles, was sie einst auf den Kongressen der zweiten Internationale beschworen, mit Füßen getreten, als der Krieg zur Wirklichkeit wurde! Statt den Sturz der kriegsheberischen Bourgeoisie zu organisieren, wie sie tausendmal vor 1914 angekündigt hatten, hat es gerade die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die das Proletariat an die Front, ins Gemetzel, die die Frauen in die Höhle der Kriegsindustrie riefen. Und als der stärkere westliche Imperialismus die Fronten des deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres durchbrach, als die Millionenmassen Arbeiter und Bauern, die ins Tiefste durch das Kriegsergebnis ausgewühlt, mit der Waffe in der Faust die Abrechnung mit der zitternden Bourgeoisie vollziehen wollte — wer war es da, der sich den Massen, mit den Händen der Ueberredung wie in Oesterreich, mit der nationalitätlichen Phrasie wie in Polen und der Tschekoslowakei und schließlich mit bewaffneter Hand entgegenstellte wie in Deutschland? Wer hat den neuen bürgerlichen Gewaltsstaat aufgerichtet, wer anders als die Sozialdemokratie?

Heute — fünfzehn Jahre später — herrscht, so mächtig wie nur je zuvor, der Imperialismus. Derselben Verste des Konkurrenzkampfes, die zum ersten Weltkrieg führten, sind die Wege des Kapitalismus von heute. Krieg und Kapital gehören zueinander, wie

Terrormassnahmen gegen die Opposition.

Diktatur aus Sowjetrußland.

Es ist notwendig, eine systematische, teilnen Augenbildende

Kampagne für die Besserung der Lage der Verbannten und verhafteten Bolschewiken-Leninisten zu führen.

Augenbildlich ist die Zahl der letzteren auf über zweitausend angewachsen.

In den Gefängnissen werden sie unter jeder Kritik gehalten: ohne Licht (die Schutzverrichtungen an den Fenstern lassen fast kein Licht herein), feuchte Kammern, welche bis an die äußerste Grenze von den Verhafteten überfüllt werden, schlechtes Essen, ausschließlich grobe Behandlung. Noch schlimmer ist es im Zuchthaus (Polst-Folator). Das Zuchthaus ist daselbst geblieben wie bei Dostojewski („Merzow Dom“, Das rote Haus). Es sitzen hier nur Bolschewiken-Leninisten. Menschenwürde und Sozialrevolutionäre sind entlassen. Militärbewachung ist eingeschafft. Die Zellen sind verschlossen, Besuche gibt es nicht.

Die Menschewiken hatten gemeinsamen Tisch, gemeinsame Küche, sie konnten sich frei treffen usw. Das haben unsere Genossen nicht.

Es ist unzweifelhaft, daß die Regierung den Kurs auf die physische Vernichtung der Bolschewiken-Leninisten hält.

Das gegenseitige Verhältnis hat sich zugespitzt. Jeden Augenblick kann man nicht nur Zusammenstöße, Hungerstreiks (welche nicht aufhören), sondern... auch Schüsse erwarten. Fünfzehn Mann des Zuchthauspersonals in To-

hoff haben sich geweigert, Repressalien gegen die Bolschewiken anzuwenden. Sie wurden durch eine speziell aus Moskau verschriebene Wache abgelöst.

Die Roten in den Familien der Verhafteten und Verbannten, die in Freiheit geblieben sind, leiden bitterste Not und hungern buchstäblich. Wir haben keine eigene „Rote Hilfe“. Auf Grund dieser Not sind unter den minder Standhaften äußere Abgänge möglich.

Man muß im Ausland Geld sammeln.

Man muß die Erlaubnis erzwingen, eine eigene „Rote Hilfe“ zu haben. Man muß dies, wie auch die Schandtat, laut in die Welt hinausrufen. Man muß sie an den Schandpfahl nageln, die jeglichen Vertreter der Sowjetmacht und der Parteileitung, die die Verantwortung für diese Unratat tragen. Korrespondenzen aus Tomsk und Sverdlowsk melden, daß ganze Mengen ins Zuchthaus Narjnm gejagt werden, wohin im verfallenen Maße die Oppositionellen aus verschiedenen Verbannungsorten geschickt werden. Unter den Verbannten und Verhafteten — befinden sich Helden der Oktoberrevolution und des Bürgerkrieges mit Orden des roten Banners (Dreizer (ist bereits im Hungerstreik gestorben. Ann. d. Red.), Gafewski, Kamotaradze, Jenukibze und viele andere). Unter den im Zuchthaus befindlichen — ist Bubn Mbidani, ein alter Bolschewik, der unter allen Regimen im Gefängnis gelassen hat, ehemaliger Vorsteher des Sowpart (Sowjet der Volkskommissare) in Georgien und Handelsvertreter in Paris, 58 Jahre alt.

Heraus mit dem Fleischpreisl!

Die Fleischwucherer treiben die Preis sprunghaft in die Höhe!

Die Kontingentierung der polnischen Schweinefleisch mit 800.000 Stück (gegen 150.000 vor der Kontingentierung), die die Regierung den Großagrariern als Geschenk zugestanden hat, führt zu sprunghaften Steigerungen der Fleischpreise, insbesondere bei Schweinefleisch. Während früher 15.000 Stück per Woche auf den Markt gelangten, kommen jetzt bloß 11.000, bezw. bei Anwendung der verschärften Deterinarmassnahmen sogar nur 9000 Stück. Auch die Zufuhr von Rind- und Kalbfleisch wird von der Regierung künstlich ge-

droffelt, um die Preise zugunsten der Agrarier in die Höhe zu treiben.

Die neue Teuerungswelle hat damit eingesetzt. Auf den Märkten spielen sich erregte Szenen ab. Arbeiterfrauen, die Fleisch kaufen wollen, gehen, ohne etwas zu kaufen, wieder weg, wenn sie die phantastischen Fleischpreise sehen.

Die sozialdemokratischen Führer, die 1911 die Arbeiter auf die Straße führten, wenn das argentinische Gefrierfleisch etwas verteuert wurde, schweigen zu dem schändlichen Wucher, der jetzt von den Großagrariern mit Unterstützung der Regierung betrieben wird.

die Atmung zum Menschen. Auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung stehend, bereitet die internationale Sozialdemokratie den nächsten Weltkrieg vor. In Deutschland mit dem Bau von Panzerkreuzern, in Frankreich mit der Militarisierung des ganzen Volkes usw.

Wir wissen wohl, daß heute noch zahllose Arbeiter glauben, die Sozialdemokratie habe „gelernt“, der 4. August war nur ein „Sündenfall“. Und wir sagen Euch, die Ihr das glaubt: Wenn Ihr nicht erkennt, daß es kein „Sündenfall“ war, sondern daß eine Partei, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung steht, zwangsläufig den Krieg der Bourgeoisie unterstützen muß, weil eben der Krieg eine unvermeidliche Folge der kapitalistischen Produktionsweise ist, wenn Ihr das noch immer nicht erkennt, dann werdet Ihr diese furchtbare Illusion mit noch gewaltigeren Blutopfern bezahlen, als 1914.

Wer gegen den Krieg ist, muß gegen den Kapitalismus sein. Wer gegen den Kapitalismus und seinen Staat ist, muß gegen die Sozialdemokratie sein.

Und wer so weit ist, der wird erkennen — früher oder später —, daß der einzige Weg, den Krieg zu verhindern, die Revolution der Arbeiterklasse gegen das Kapital ist. Millionen tote, Verküppelte, Verhungerte mahnen uns: Krieg dem Krieg! Nieder mit dem Kapital!

„Was wir im Kriege erduldeten.“

Am 15. Jahrestag des Weltkrieges planen wir eine möglichst große Anzahl von Berichten über die Entbehrungen und Leiden, die das Proletariat Österreichs im Kriege erduldet, zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Leser, uns über ihre Kriegserlebnisse, vor allem über die Behandlung durch Offiziere an der Front, über das Regime in der Kriegsinindustrie usw. kurzgefaßte Berichte rechtzeitig zu senden. Die Veröffentlichung erfolgt vom 15. Juli bis 15. August.

Die Redaktion.

Eine Jahresbilanz des Reformismus.

Die Wiener Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes veröffentlichte kürzlich ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1928.

Einstehend stellt der Bericht die gute Konjunktur in der Metallindustrie fest, die den Stand der arbeitslosen Metallarbeiter, von 21.064 im Februar 1927 auf 10.169 im Oktober 1928 senkte. Im Bericht heißt es dazu:

„Aber wenn auch das geringste Sinken der Arbeitslosenzahl freudig begrüßt wird... so darf nicht übersehen werden, daß trotz gutem Geschäftsgang 10.000 Arbeiter keine Arbeit bekommen konnten.“

Die Reformisten trösten sich mit dem guten Geschäftsgang über die 10.000 Arbeitslosen hinweg, die bei ihrer Arbeitslosenunterstützung zwischen können, wie die Rationalisierung ihre Zahl vergrößert und zur stabilen industriellen Reservearmee macht. Die Tabellen über die Beschäftigung zeigen ein außerordentliches Ansteigen der beschäftigten Frauen. Der Bericht sagt:

„In den 38 Betrieben der Schwachstromindustrie ist die Zahl der beschäftigten Männer gegen 1927 um 118 zurückgegangen, die der Frauen jedoch um 563 gestiegen. Dasselbe trifft zu in den Metallwarenfabriken. Insgesamt für die Metallindustrie kommen auf je 100 Männer 19 Frauen — oder 19,45 Prozent der Beschäftigten sind Frauen.“

Tiefe Entwicklung steht erst am Beginn. Die Verwendungsmöglichkeit der Frauen hat noch lange nicht den Höhepunkt erreicht. Mit keinem Wort nimmt der Bericht zu diesen wichtigen Tatsachen Stellung. Die Not zwingt viele Arbeiterfrauen, dem Manne verbieten zu helfen. Die Unternehmer nehmen die billige Frauenarbeit und entlassen die Männer. In vielen Arbeiterfamilien hat die Frau die Stelle des Mannes eingenommen, sie geht in die Fabrik, er geht humpeln. Wo ist die alte Forderung der Gewerkschaften, gleichen Lohn für gleiche Arbeit? Die Reformisten wissen sich um eine klare Antwort zu brüden. Der Bericht beschäftigt sich mit den Ursachen der guten Konjunktur und tröstet sich damit, daß sich die Wirtschaftslage nicht verschlechtern möge. Als ob die Arbeiter vom guten Geschäftsgang etwas hätten. Er tut gut oder schlecht ist, die Arbeiter sind die Opfer der Rationalisierung und des internationalen Konkurrenzkampfes um den Weltmarkt. Billige Arbeitskraft — hohe Preise — höchste Leistung ist die Lösung der Unternehmer. Für die Arbeiterklasse gibt es nur einen Ausweg: Reizeugung der kapitalistischen Lohnsklaverei, Kampf der kapitalistischen Ausbeutung, revolutionärer Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Der zweite und dritte Teil des Berichtes beschäftigt sich mit den Löhnen und Lohnbewegungen. Die Zahl der Lohnbewegungen ist von 194 im Jahre 1927 auf 327 im Jahre 1928 gestiegen und umfaßte 7061 Betriebe mit 66.484 Beschäftigten. Um diese Lohnverhandlungen zu absolvieren, waren — man bedenke — 497 Verhandlungen notwendig. Die sonst sehr ausführreichen Tabellen vertragen düstlich, wenn es gilt, das Ergebnis dieser 497 Verhandlungen darzustellen. Der „Erfolg“ wird, nachdem die verschiedenen Industriegruppen im Bericht auf 21 Bezirke zerlegt wurden, mit 2—60 Prozent ausgedrückt. Es sollen die Metallarbeiter ja nicht die Wahrheit erfahren, oder gar an Hand einer ordentlichen Statistik den „Erfolg“ überprüfen können. Wer und wie viele haben 2 Prozent, wie viele haben 60 Prozent erhalten? Und auf welchen Lohn hat jemand 2 oder 60 Prozent erhalten? Diese einfache Fragestellung genügt allein schon, um zu erkennen, wie sich die Bürokraten um die Verantwortung drücken wollten und wie es mit den Erfolgen bestellt ist. Wie sehr es den Reformisten nicht um wirkliche Lohnsteigerungen, sondern um den guten Geschäftsgang zu tun war, beweist die Statistik. Die Zahl der Streiktage betrug 1928 65.791 1/2 gegen 130.090 Streiktage im Jahre 1927. Diese Statistik ist der bemerkenswerteste Beweis dafür, daß sich die Reformisten von Jahr zu Jahr enger mit dem kapitalistischen Stabilisierungskurs verstricken, mehr denn je die Handlanger der Unternehmer werden.

Denn es wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Unternehmer im Jahr 1928, dem Jahr der gesteigerten Rationalisierung, freiwillig die Forderungen der Arbeiter bewilligten. Der Fall Krause (Diagnosierer) und Brunner, wo 50 Prozent der Belegschaft (lauter Frauen) gemäßigelt wurden, zeugen vom Kurs der Unternehmer. In 497 Lohnbewegungen zerstückelt, von den Reformisten, trotz der Konjunktur, um die berechtigten Forderungen geprellt, ist das Jahr 1928 für die Metallarbeiter alles eher als günstig verlaufen.

Tagegen können die Unternehmer im Jahre 1928 auf eine gesteigerte Intensivierung der Arbeitskraft hinweisen, die allein schon die bewilligten Lohnaufbesserungen wettmacht, gar nicht zu sprechen von der gesunkenen Kaufkraft der Löhne.

Die Organisationsverhältnisse sind, wie der Bericht feststellt, zufriedenstellend. Um 2773 Mitglieder mehr als im Vorjahr. Rund 90 Prozent der Wiener Metallarbeiter sind organisiert. Die Metallarbeiter können aus diesem Bericht wieder erkennen, wie ihre Organisation, die eine Armee von 77.266 Mitgliedern darstellt, von den Reformisten geführt, ein bürokratischer Koloss, aber keine revolutionäre Kampforganisation ist. Sätten die 70.000 Metallarbeiter im vergangenen Jahr in geschlossener Front ihre Forderungen gestellt, sie hätten eine Macht dargestellt, der das Unternehmertum nichts entgegenstellen vermag. Was in der Vergangenheit nicht war, muß für die Zukunft werden.

Die demokratische Lehre, die ich nicht erhalten habe.

(Fortsetzung.)

Die Geschichte eines Disputs von I. Trogl.

Ich weiß nicht, ob dieses, mein Interview in der deutschen Presse erschienen ist. Augenscheinlich nicht. Es ist mir auch unbekannt, inwieweit dieses Interview die Abstimmung der f.d. Minister beeinflusst hat. Jedemfalls besteht das demokratische Asylrecht, wie ich es verstehe, nicht darin, daß eine Regierung in ihr Land nur Gleichgesinnte hereinläßt — das tat auch Nikolaus II. und auch der Sultan Abdul Hamid. Auch nicht darin, daß eine Regierung Ausgewiesene nur auf Grund der Bewilligung jenes Landes hereinläßt, das sie ausgewiesen hat. Das Asylrecht besteht (am Papier) darin, daß eine Regierung auch ihre Gegner einläßt, unter der Bedingung, daß von ihnen die Gesetze des Landes befolgt werden. Selbstverständlich kann ich nach Deutschland nur als ein unpersonlicher Gegner der f.d. Regierung kommen.

Den Schutz meines Interesses übernahm Kurt Rosenfeld, seiner Parteizugehörigkeit nach — linker Sozialdemokrat. Er tat das aus eigener Initiative, aus ideellen Beweggründen und ganz uneigennützig. Ich nahm seine Dienste mit Dank an, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei.

Ich bekam von Dr. Rosenfeld eine telegraphische Anfrage, welchen Beschränkungen ich mich während meines Aufenthaltes in Deutschland unterwerfen wolle. Ich antwortete:

„Ich beabsichtige, ganz isoliert, außerhalb Berlins, zu leben, auf keinen Fall in öffentlichen Versammlungen aufzutreten. Ich beabsichtige, mich auf schriftstellerische Tätigkeit zu beschränken, im Rahmen der deutschen Gesetze. Trogl.“

Also, es handelte sich nicht mehr um ein demokratisches Asylrecht, sondern um eine Ausnahmestellung. Die Lehre über die Demokratie, die mir die Gegner erteilen wollten, bekam sofort eine begrenzte Auslegung. Aber dabei blieb es nicht stehen. Nach einigen Tagen bekam ich von Dr. Rosenfeld eine neuerliche telegraphische Anfrage, ob ich mich damit einverstanden erkläre, nach Deutschland nur zum Zwecke einer ärztlichen Behandlung zu kommen? Als Antwort telegraphierte ich:

„Ich erlaube, mir wenigstens zu gestatten, die für meine Gesundheit dringend nötige Kur in Deutschland durchzuführen.“

Auf diese Weise verengte sich das Asylrecht zum Recht auf Behandlung. Die versprochene Anschauungslehre über die Demokratie reduzierte sich immer mehr. Ich nannte eine Reihe von Ärzten, die mich in den letzten zehn Jahren behandelt haben, und deren Hilfe ich jetzt mehr als je benötige. Die Vertreter der deutschen Presse in Konstantinopel hielten meine Einreise nach Deutschland für gesichert. Die aus dem weiteren zu ersehen sein wird, beurteilte ich diese Frage weniger optimistisch, hielt aber die Möglichkeit eines Erfolges nicht für ausgeschlossen.

Zur Zeit der Osterferien kommt in die deutschen Pressearbeiten eine neue Note: In den Regierungs-

kreisen ist man der Ansicht, daß Trogl nicht so krank sei, daß er die Hilfe deutscher Ärzte und deutscher Kurorte brauche. . . Welches Medium diese Nachrichten den Regierenden in Deutschland vermittelt, ist mir unbekannt. Am 31. März telegraphierte ich an Rosenfeld:

„Laut Zeitungsberichten bin ich nicht genügend hoffnungslos krank, um die Bewilligung der Einreise nach Deutschland bekommen zu können. Ich frage an: Schlag mich Lüge für das Asylrecht oder das Recht auf den Friedhof vor? Ich erkläre mich für einverstanden, mich von jeder Ärztekommision, jeder beliebigen Untersuchung unterziehen zu lassen. Ich verpflichte mich, nach Bewilligung der Kur Deutschland zu verlassen. Trogl.“

Auf diese Weise wurde das demokratische Prinzip während einiger Wochen einer gründlichen Einschränkung unterzogen. Zuerst verwandelte sich das Asylrecht in das Recht, unter Ausnahmbedingungen zu leben; dann in das Recht, sich einer Kur zu unterziehen; endlich in das Recht auf den Friedhof. Aber das bedeutete, daß ich die Vorteile der Demokratie in ihrem ganzen Ausmaße erst als Toter abschätzen könnte.

Nach am 19. März schrieb ich in einem Brief an Dr. Rosenfeld unter anderem folgendes:

„Erlauben Sie, daß ich Ihnen, als Vertreter meiner Interessen, und nicht als einem Mitglied der f.d. Partei kurz auseinandersetze, wie ich die Situation beurteile. Veranlaßt durch Lobes Reden, wandte ich mich vor einem Monat an die deutsche Regierung. Bis jetzt erhielt ich keine Antwort. Augenscheinlich ist Stalin mit Stresemann übereingekommen, daß ich nicht nach Deutschland hertingelassen werden soll, unabhängig davon, ob es die Sozialdemokraten wollen oder nicht. Die sozialdemokratische Regierungsmehrheit läßt diese Frage offen, bis zu einer neuen Regierungskrise. Unterdessen werde ich geduldig abwarten, d. h. mit gebundenen Händen und Füßen, und werde sogar gezwungen sein, die Versuche meiner Freunde, für mich ein Asylrecht in Frankreich und anderen Ländern zu erwirken, zu desavouieren. Nach zwei, drei Wochen, und die öffentliche Meinung wird das Interesse an dieser Frage verlieren. Ich werde auf diese Weise nicht nur die richtige Kurzeit verpassen, sondern auch überhaupt die Möglichkeit verlieren, in ein anderes Land zu kommen. Daher ist für mich in der gegenwärtigen Situation eine formelle Absage vorteilhafter, als eine weitere Verzögerung der Entscheidung.“

Die Antwort blieb noch immer aus. Ich telegraphierte wieder nach Berlin: „Ich betrachte das Fehlen der Antwort als eine illoyale Form einer Absage.“

Erst danach erhielt ich am 12. April — also nach zwei Monaten — die Nachricht, daß die deutsche Regierung mein Ersuchen um Einreiserecht abgelehnt habe. Es blieb mir nichts anderes übrig, als am nächsten Tag folgendes Telegramm an Lobe zu schicken:

AN UNSERE ABONNENTEN!

Wir bitten zu entschuldigen, daß die Nr. 1 des „Neuen Mahnruf“ verspätet zugeht. Die Umstellung des Blattes verursachte die Verzögerung, da der „Neue Mahnruf“ bei der Postdirektion neu angemeldet werden mußte. In Zukunft wird das Blatt den Abonnenten stets pünktlich zugestellt werden.

„Bedenke, daß ich um die Möglichkeit kam, die Vorteile des demokratischen Asylrechtes in der Praxis kennenzulernen. Trogli.“

Das ist die kurze und lehrreiche Geschichte dieser Angelegenheit.

Stalin verlangte und hat es durch Stresemann und andere erreicht, daß man mich nicht nach Deutschland lasse, im Namen der Freundschaft mit Sowjetrußland. Tählmann verlangte, daß man mich nicht einlasse, im Namen der Interessen von Tählmann und der Kommunistischen Internationale. Hilferding verlangte daselbe, da ich die Unvorsichtigkeit hatte, in meinem Buche gegen Kautsky das politische Porträt Hilferdings zu geben, das eine zu beleidigende Ähnlichkeit mit dem Original hat. Hermann Müller hatte keinen Grund, Stalin diese Gefälligkeit abzuschlagen. Bei einer solchen Sachlage konnten die platonischen Vertreter der demokratischen Prinzipien in ihren Reden und Artikeln sich ungekrast für die Gewährung des Asylrechtes aussprechen. Sie verloren dabei nichts, und ich gewann nichts. Genau so sprechen sich die demokratischen Pazifisten gegen den Krieg in allen den Fällen aus, wo er nicht auf der Tagesordnung steht.

(Schluß folgt.)

Eine neue Praxis der Klassenjustiz.

Die bisherige Spruchpraxis der bürgerlichen Gerichte ist den Arbeitern schon fasslich bekannt. Wird ein Hahnenschwanzlump schief angeschaut, so wird das als Verbrechen verurteilt. Mordende Hahnenschwanzler werden freigesprochen. Deswegen Termin hat sich nun eine neue Spruchpraxis durchgesetzt. Folgender Fall beweist dies: Der Papierarbeiter Hofner in Gratzen wurde eines Tages von einem halbbesoffenen Hahnenschwanzler auf der Straße rücklings angefallen und am Halse gewürgt. Der Ueberfallene konnte sich nur mit Aufbietung seiner letzten Kräfte erwehren, da er sich wegen eines schweren erlittenen Betriebsunfalles am Krankenstande befand. Der Papierarbeiter brachte den gemeinen Ueberfall zur Anzeige. Vor Eingang der kürzlich stattgefundenen Verhandlung meldete der Heimwehrlump sofort, daß er dem Heimatschutz angehöre und Hofner dem Schutzbund. Von den vier Augenzeugen des Ueberfallenen wurde nur, nach einem Protest, einer vernommen. Der gemeingefährliche Ueberfall wurde genügend bewiesen.

Urteil: Der Hahnenschwanzlump wurde zu 3 Tagen Arrest und der Ueberfallene zu 3 Tagen Arrest verurteilt. In der Begründung sagte der Richter u. a., der Ueberfallene hätte kein Recht sich gegen den Angreifer zu wehren, sondern hätte, wenn er auch verletzt wird, nur davonzulassen und Anzeige zu erstatten, deshalb werden beide bestraft. Das heißt also in der Praxis, daß jeder Faschistenlump Arbeiter überfallen und halb todschlagen kann, dann darf der Mißhandelte gnädigst zum Kadi gehen und sich beschweren. Wird der überfallene Arbeiter ganz erschlagen — nun — dann ist eben der Ermordete selbst schuld, wenn er keine Anzeige erstattet. Man sieht, die bürgerlichen Richter verstehen es so zu urteilen, daß immer der Arbeiter der „Schuldige“ ist. Deshalb sind die Arbeiter an richtigen Wege nur dann, wenn sie im Kampfe gegen den mordenden Faschismus selbst ihre Urteile vollstrecken werden.

Christlichsoziale und sozialdemokratische Wohnungsfürsorge in der Praxis.

Aus Weiz bei Graz berichtet man uns: Wenn Wahlen vor der Tür stehen, halten die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten immer ein Wettrennen mit Versprechungen, wer die beste Sozialfürsorge betreibt. Kommen dann wirklich arme Teufel nach dem Wahlen um Hilfe, so schüttelt man die „braven Stimmwähler“ als lästige Bettler ab. Bei uns in Weiz muß z. B. eine, zickta 60 Jahre alte Gemeindegewerbetin seit langer Zeit in einem Dachboden als Wohnung kampieren. Von einer Wohnung kann eigentlich nicht gesprochen werden, da nicht einmal ein Fenster vorhanden ist. Man kann von Glück sprechen, daß die alte Frau im bewrigen Winter nicht erfroren ist. Um aber diese schrecklichen Verhältnisse nicht noch einmal mitmachen zu müssen, wendet sie sich an den christlichen Bürgermeister von Weiz um ein besseres Obdach. Dieser

Wohin das Jugendamt von Graz Kinder schickt.

Der christliche Großbauer und das Proletarierkind.

Maria Jach wurde 1924 vom Jugendamt übernommen und ihrem Vater nach Kapfenberg übergeben. Bei diesem war sie sechs Monate, worauf sie zum Bauern geschickt wurde. Nicht einem, sondern drei literalen Bauern mußte sie nacheinander als Ausbeutungsobjekt dienen. Am schlechtesten erging es ihr beim „christlichen“ Lenzbauer in Gschmiß bei Ebberl.

In einem Wohnraum, in dem fünf Personen zusammengepfercht waren, mußte die kleine Maria schlafen, soweit das überhaupt möglich war, denn die Fenstersteiger betätigten sich gar eifrig — neben dem Kinde! — in der Ausübung des 6. Gebotes.

Täglich mußte sie Egwaren und Post in benachbarte Orte tragen. Auf diese Weise verkaunte die Kleine nicht weniger als 266 (!) Schultage. Mit elenden, aus Hundekotter verfertigten Schuhen, mußte das arme Kind täglich weite Strecken zurücklegen. Als Belohnung gab es häufig — Schläge. Obgleich der Lenzbauer wegen seiner außergewöhnlichen Keibeit selbst bei Gleichgesin-

ten und Nachbarn unbeliebt war, kümmerte sich das Jugendamt nicht um diese Kinderhölle.

Seine ganzen Energien verwendete das arme Kind auf Fluchtversuchen. Als diese mißlangen, wurde es noch mehr geschlagen.

Durch Zufall erfuhr die Mutter des Kindes, die geglaubt hatte, daß das Kind bei dem Vater sei, von dem Aufenthalt ihres Kindes. Als sie das Kind in seinem bejammernswürdigen Zustand erblickte, wollte sie es sofort mitnehmen. Aber sie mußte zuerst Kleider verschaffen, denn die unglückliche Kleine hatte nur Segen am Leib. Das Kind ist übrigens infolge der vollständigen Verwahrlosung und des Unterdrückens geistig in seiner Entwicklung zurückgeblieben, obgleich es ursprünglich ein aufgewecktes Kind war.

Beim Lenzbauer befindet sich auch noch ein angenommenen Junge mit 16 Jahren, welcher infolge der gleichen barbarischen Behandlung nur 38 Kilo wiegt.

Das sind einige Ausschnitte aus der Kinderfürsorge, auf die unsere sozialistische Verwaltung so stolz ist!

Bruder in Christo weist sie jedoch ab. Nun wendete sie sich nach Graz um Aufnahme in das Obdachlofen-Asyl. Hier bekam sie vom Verwalter eine Abweisung mit der niederträchtigen Bemerkung: „die Frauen seien zu frech“, er nehme sie nicht auf. Als letzten Rettungsanker denke sie an den „braven Bürgermeister Muchitsch“, der wird ihr schon helfen. Doch, oh weh, die Gemeindevahl ist schon vorüber, vergessen hat man die Versprechungen. Statt Unterkunft bekam sie 5 Schilling. Doppelt enttäuscht mußte sie in das Dachbodenloch nach Weiz zurück. Für die 5 Schilling konnte sie sich nicht einmal eine Semmel kaufen, da die Fabrikate allein 3,80 S. kostete. Ja, in Worten sängen die Christlichsozialen und Sozialdemokraten immer schöne Lieder über die soziale Fürsorge, in der Tat sind aber beide elende Heuchler, das haben wir nun in der Praxis selbst erlebt. Mehrere Arbeiter von Weiz.

Ein schwarzer Kreuzzug gegen den „neuen Mahnruf“.

Am Hauptplatz in Weiz befindet sich ein Tabak- und Zeitungsgeschäft, dessen Trumpf „Schwarz“ ist. Der „neue Mahnruf“ wirkt auf ihn wie ein rotes Tuch auf den Stier. Das konnte unser Kolporteur am vorletzten Samstag erfahren. Als dieser einem Käufer der „kleinen Zeitung“ den „neuen Mahnruf“ anbot, stürzte der schwarze Bruder wie ein bellender Köter auf die Straße und schrie den Kolporteur an: „Das is a Gemeinheit, de Leut brauth'n des net lefn, dds is nix für dd. Wenns net geb'n, hol i die Polizei.“ Gleichzeitig krächzten zwei Weiswörter aus einem Fensterloch den Kolporteur an. Ihr gaterndes Schimpfgebet belustigte aber nur die Passanten. Der erscheinende Polizist sah keinen Grund zum Einschreiten, da noch keine Revolution ausgebrochen war. Der schwarze Kreuzzug der drei schwarzen Könnlein bewirkte nur, daß die Passanten noch mehr auf den „neuen Mahnruf“ aufmerksam gemacht wurden, und der Absatz dadurch verdoppelt wurde.

Ein Heimwehrexemplar aus dem oberen Murtal.

Auf der Murtalbahn lernte ich das Heimwehrexemplar kennen. Es war der „Baron“ Kuhn, Schloß- und Großgrundbesitzer in Stabl an der Mur, ehemaliger Feldmarschallleutnant. Als meine Waggontaffeln, ein Lehrer und ein Gasthofbesitzer, auf der Station Murau bemerkten, daß der Herr „Baron“ im Begriffe war, einzusteigen, machten sie ihm schon klavertastend Platz. Als er im Türhaken erschien, schloßen ihre Miene in respektvoller, demütigster Ehrerbietung. Zwar hatten sie allerdings über ihn geglaubt. Der Herr „Baron“ ließ sich prophezeit auf eine Bank, die sonst für zwei bestimmt ist, nieder. Den Oberlehrer schnarrte er an: „Fürsten sie die Kinder schlagen?“ Als dieser schäkigert verneinte: „Sol's der Teufel, das ist dann nicht lustig. Kinder müssen geprügelt werden.“ Die zweite Frage an den Oberlehrer war: „Sind Sie bei der Heimweh?“ Er bejahte. „Wratuliere, Oberlehrer! Die Heimweh, das ist unsere Zukunft. Alles andere ist Dreck. Ich bin für den Marsch nach Wien. Die Polen, die wir in die Hände bekommen, schicken wir nach Ungarn, Italien und Jugoslawien. Dort werden sie schon füttert

werden. Ich gebe monatlich 50 Schilling.“ Ueber die kurzen Reden, tiefen Auschnitte, lichten Strampie und die Lachhüherln einer Lehrerin in Murau äußerte er sich sehr bissig. Höchstwahrscheinlich im Ärger über eine erlittene Abfuhr, da er im übrigen sehr von ihrem „Wohlfell“ schnarrte. Ihr angegebenes Alter bezweifelte, suchte er sich über die Frauen im allgemeinen: „Die böden Lübern nellen nicht zugeben, daß sie älter werden: die's Lübern werden von Jahr zu Jahr jünger.“ Zur vollständigen Klarstellung was Geisteskind er ist, äußerte er sich über Zeppelin (es war dies am 18. Mai) und die Zeppelin: „Gerner soll hin sein. Es war ein Süßbim, während der Gismänner die Ueberfahrt anzutreten, was hat der Mensch überhaupt in der Luft zu suchen. Der jetzige Mensch ist überhaupt ein technisches Kindvieh.“ Seine Weisprüche waren gepickt mit Ausdrücken, wie Dreck, Lüder, Arsch, Kindvieh u.ä. Bei jedem solchen Krastausbruch haute er den rechten Stiefelabsatz in den Boden. Ich dachte mir: der muß schon ganz abgetreten sein. Nichtig, vom rechten Absatz war kaum noch etwas vorhanden. Wie sollen diese Leute auch anders impunieren. Geistige Qualitäten haben sie nicht, ergo muß der Stiefelabsatz erhalten.

H. S., Graz.

Unter dem Joche des „Fünften“ Schwarzenberg.

Tragt man im oberen Murtal, wem gehört die Säge, das Bergwerk, das Gut, das Schloß, der Grund, der Wald, immer bekommt man nur die eine Antwort: dem Fürsten Schwarzenberg.

28.000 Hektar Grund gehören ihm. Er, der „Fürst“, lebt in Böhmen, dann wieder weiß man, daß er in Wien oder in Bayern ist.

Auf seinen Gründen schinden sich die Pächter fürs larme Brot. Im Winter stehen sie um 1 Uhr nachts auf und führen bis 4 Uhr nachmittags, bis es finster wird, das Holz aus den fürstlichen Forsten zur Bahn. Trotz aller Schinderei kann sich der Pächter kaum über Wasser halten. Er hat ein Klemdasein unter der fürstlichen Herrschaft.

Auf den Sägen des Fürsten Schwarzenberg habe ich viele Arbeiterinnen getroffen. Als ich fragte, was sie bekommen, bekam ich zur Antwort: zickta 70 Schilling im Monat (!) bei achtstündiger Arbeit.

Die „fürstliche Herrschaft“ aber führt ein luxuriöses Dasein, genießt alle Schönheiten der Welt und fördert kräftig den Hahnenschwanz.

Unerhörtes Vorgehen der I.R.K.-Graz gegen eine Arbeitslose.

Wenn eine Arbeitslose ihre Menschenpflicht erfüllt, wird sie bestraft!

Die Arbeitslose Gertrude Reinbacher wohnt als Untermietlerin bei dem Ehepaar Johann und Theresia Mayerhofer, Pflanzengasse 3. Am 29. März 1929 erlitt Frau Mayerhofer plötzlich einen schweren Herzkrampf. Gertrude Reinbacher wollte eben zur Kontrolle gehen, als sie die bedauernswerte Frau zusammendringen sah. Hilfsbereit eilte sie zu ihr, labte die Kranke und verbrachte den Tag bei der Kranken, die sie nicht allein lassen wollte. So verkaunte sie die Kontrolle. Das Ehepaar Mayerhofer befristete der Arbeitslosen den oben ge-

schützenden Lebensband. Alle drei hofften, daß das der IWA gemüßig werde. Sie hatten sich bitter geirrt. Am 8. Mai erhielt die Arbeitslose folgenden Bescheid der IWA:

Graz, am 7. Mai 1929. Industrielle Bezirkskommission Graz, Bürgergasse 2/II. St. G. R. 67685

Brau Reinbacher Gertrude, in Graz.

Die Industrielle Bezirkskommission hat in ihrer Sitzung vom 6. Mai 1929 folgenden Bescheid gefaßt:

Ihrer Berufung gegen den Bescheid der Schiedskommission vom 10. April 1929 wird keine Folge gegeben. Der Bezug der Arbeitslosenunterstützung wird abgelehnt 14 Tage, vom 28. März bis 10. April 1929, gemäß § 18 Abs. 1 des Ges. vom 19. Juli 1922 BGGl. 534, da Sie sich nicht den regelmäßigen Meldungen unterzogen haben, die Arbeitslosenunterstützung jedoch nur für die Zeit der regelmäßigen Meldung gebührt.

Dieser Bescheid ist gemäß § 14, Absatz 2 des Ges. vom 19. Juli 1922 BGGl. 534 endgültig und steht gegen diesen kein Rechtsmittel mehr zu.

Dafür, daß die Arbeitslose ihre Menschspflicht erfüllen, soll sie mit dem Verhungern bestraft werden! Es ist eine Schande und eine Schmach, daß der Sozialdemokrat Hans Muchitsch, Vorsitzender der IWA, von Graz, ein derartig unmenschliches und antiproletarisches Regime den Arbeitslosen gegenüber eingeführt hat.

Dreizehn Personen in zwei Betten . . .

In einer Gerichtsverhandlung kommt es zur Sprache, daß der Angeklagte mit zwölf Personen in zwei Betten schläft. So eine Feststellung wirkt wie ein Witz, der einen dunklen Abgrund für einen Augenblick taghell durchleuchtet. Unendlich viele solcher Witze beleuchten unsere gesellschaftlichen Zustand und zeigen im grellen Lichte die furchtbare Lage der Arbeiterklasse in der „gottgewollten“ kapitalistischen Ordnung.

Der Großbürger ist stolz auf diese Ordnung. Er schreit es in Staatstippen in die Welt, wieviel Millionen

Staubsauger er produziert und absetzt, wie er die materielle und geistige Kultur des Volkes hebt! Eine ganze Wissenschaft ist die Hygiene geworden. Aber während die herrschende Klasse alle Erzeugnisse der Technik und Wissenschaft in ihren Dienst stellt, verhungern und verkommen die Proleten in Zuständen, die an den Frühkapitalismus erinnern.

„13 Personen in zwei Betten.“ In diesem Grauen, dem lebendigen Knäuel junger und alter Leiber, wälzt sich die totfranke Mutter und verführt der betrunkenen Vater — wo das Elend ist, wohnt die Trunksucht — seine eigene Tochter, gebiert sie ihm ein Kind. „14 Personen in zwei Betten.“

Einen Augenblick horcht alles auf, wenn vor dem Gerichtshof die Tragödie des Elends abrollt. Der Richter fällt das Urteil: zwei Jahre schwerer Kerker für den Vater, zwei Monate für die Tochter.

Und weiter werden die Herren von der Bourgeoisie und ihre Präzipiraten schreien: „Weg mit dem Mieter-schuh!“ Sie — die wahren Schuldigen an all' dem Elend, sie werden keinen Richter in diesem Staate zu füttern haben. So lange — bis sich das arbeitende Volk selbst zum Richter über diese Gesellschaftsordnung machen und dieses Urteil mit eigener Hand vollziehen wird.

Bordellrätsel

Die bürgerliche Welt ist entsetzt: Ein Arbeiter kommt in ein (zur bürgerlichen Wirtschaft- und Sozialordnung natürlich geordnetes) Bordell und — findet seine Tochter. Der dramatische Höhepunkt des Entsetzes wird aber erklommen bei der Bemerkung des Vaters, der der Prostituierten höhnisch nach dem Beischlaf sagt, daß er sie als seine Tochter erkannt habe. Dieser Vorfall gibt dem Gericht Gelegenheit, mit schelmigem Pathos die „Sittlichkeit“ zu verteidigen und dem Spießer die Gelegenheit, das Grauen zu lernen.

Was ist das Entscheidende hier: Der Beischlaf oder die Tatsache überhaupt, daß unsere zivilisierte und kultivierte Ordnung nicht nur Industriemaschine, sondern auch

Beischlafsmaschinen erzeugt? Was ist hier das Entscheidende: Die „Blutschande“ oder jene andere Schande, die sich darin dokumentiert, daß der Vater von einem Gericht verurteilt wird, das aus staatlichen Steuern erhalten wird, zu welchen Steuern ja auch die Prostituierten beitragen müssen? Daß also die Tochter erst den Liebes-Lohn des Vaters annimmt und dann mit diesem Geld den Apparat in Bewegung setzt, der ihren Vater einpfercht? Ist dies nicht die größte Schmach? Nein. Der Richter wäre sehr beleidigt, wenn man ihm sagte, daß in seinem Gehalt auch das „Strumpfgeld“ von Prostituierten fließt. Was fließt also die Blutschande? Die fließt ganz wo anders. In einem deutschen Städtchen ließ eine Mutter den Juch nach ihrem erkrankten Kind abhören. Man fand es nicht, dafür aber bei einer Stauwehr die Leichen von 45 Neugeborenen.

Dies ist ein erschütterndes Drama, das zwar nicht im Kleinen Bordell spielt, das aber zeigt, was der kapitalistische Staat aus den Frauen macht: Gebärmuschinen, Weibermaschinen, Beischlafsmaschinen.

Daß dieser Vorgang gesetzmäßig ist, planmäßig gefördert wird, das kann man in den bürgerlichen Blättern nicht lesen. Wohl kann man aber in diesen Blättern jene Sittlichkeitsapologeten finden, welche die Rosenblätter der Sittlichkeit eifrig über den Sumpf dieser Ordnung streuen in der Meinung, den Pesthauch zu vertreiben.

Amerikanische Kultur.

In Jackson im Staate Missouri geriet der 65jährige Regier Ziege Jenkins mit einem Farmer namens Fred Mac Graber wegen einer geschäftlichen Meinungsverschiedenheit in Streit, in dessen Verlauf er sein Meißel jag und einen Stich gegen den Farmer führte, der diesen ins Herz traf und auf der Stelle tötete. Jenkins verstand sich vor der Volksjury in seiner Wohnung. Noch ehe die Polizei eintraf, hatten die Ortsbewohner den Schwarzen ergriffen und ins Freie geschleppt. Er wurde an einen Baum gebunden und die Männer veranlaßten aus ihren Revolvern ein regelrechtes Schießenschießen auf ihn, bis er, von unzähligen Augen durchbohrt, den Geist aufgab. Der Leichnam wurde mit Benzin übergeben und angezündet.

Feuilleton.

Auf dem Weg zur Bude.

„Servus Pepi!“ „No, Karl was fogs z' zu Berlin? Wor dös notwendig, so a Bluatverglaß'n? Do hob'n sich eure Kommunist'n wieder anmol aus'g'zeich'n't, dös Reaktion hat a Freud!“

„Was i sag, Pepi? I stell die gleiche Frog' an dich. Wor es notwendig, daß 's in Kapsenberg zu an Zusammenstoß tumman is?“ „Aber Karl, dös is' doch kan Vergleich, und mi. wundert nur, daß du als Politiker so an Vergleich onstellen konnst.“ „Ja, Peperl, eben weil i a Politiker bin, und du, weil du kaner bist, konnst den Vergleich net vastehn.“ Schau Pepi, i frag dich, warum im Märztal, wo die Lage so kritisch is, die Behörde am ersten Mai dös Straß'n net verboten hot? don wär die Keilerei erspart blieb'n? Glaubst net a so?“ „No, und du manst, Karl, die Arbeiter hätt'n sich von an reaktionär'n Bezirkshauptmann oder Landes-hauptmann ihr Kundgebung vabiet'n lassen? Do schätz du unsere Genoss'n schlecht ein. Dem Zusammenstoß wor net aus'wid'n, den die Rot'n hätt'n geg'n das Verbot ihr Kundgebung veranstoßt! Freilich du wirst fog'n was i dir so schon vom G'sicht les', daß das gleiche so im Berlin der Joll wor. Lach. net, Karl, i' loß' dir dein Argument net auspaß'n. A solches Verbot im Märztal hätt' nur von der Reaktion erlos'n werd'n können, und dös hätt'n die Arbeiter negiert. So wor's aber net in Berlin. Dort hot dös Reaktion nir z're'd'n, dort regieren uns're Genoss'n, und nochdem f. den Stahlhelmbande'n kan Straß'n mehr geb'n, hob'n s' eh'n alle Kundgebungen auf da Straß'n vabot'n. Dös Dabot richt' si' in Berlin net geg'n dös Arbeit, sondern geg'n dös Reaktion. So steht die Sach' in Berlin und da is' a Dagleich mit'n Märztal net möglich.“ „Aber Peperl, jert muas i' erst recht lach'n über dei' Naivität. Du fogst, in Berlin hot die Reaktion net dös Straß'n verbot'n, sondern dös Sozialdemokratie, dös stimmt, aber i' frag' di: in weß'n Interesse hot sie 's g'ton. Du fogst im Interesse der Arbeiter, stimmt dös a? Host dem no net denkt, zu was die Reaktion ihr'n Stahlhelm, oder bei uns ihr Heimwehr hot? Doch nur um den Arbeitern jedes Recht, sei 's a Streit oder a Straß'enkundgebung z' nehme. Und wan dös Reaktion dös reich'n kann ohne daß s' ihr'n Stahlhelm ausrud'n loßt so wird's d'rüba gor net dös sein, den don erspar'n nur die wäll'n! Karl was dös kost bätt'!“ „Ja, Karl, so

is' dös net, dös is' Demagogie von dir, denn du waßt gonz guat, daß die Sozialdemokratie in Deutschland a Macht darstellt. Während uns're Genoss'n dös begriff'n und Disziplin g'hol't'n hob'n, hob'n eure Kommunist'n dös Arbeit verbot't und damit der Reaktion Wasser auf ihr Mühl' g'schütt. Do fan do Tatsach'n.“ „Aber Peperl, du bist in dein Oberbübel schon gonz verdorb'n. Dös fan net drim eigenen Gebot'n, sondern dös is' a fugegrierte Anschauung. Schau dös kann mir net passieren, denn i' betrocht mei' Sien net als an Radiosensänger, sondern als a selbständiges, selbstständiges Organ, dös was net so denkt, wie es andre hob'n woll'n. I' nimm on, du bist wenigstens von jert on über dei' Hirnlast derselb'n Ansicht wie i, drum hör mi' jert on und denk frei und ehelich mit wos i red'. Schau Pepi, wie wor die Sach' in Berlin? Macht die deutsche Sozialdemokratie a Arbeiterpolitik?“ „No ja, so weit 's bolt möglich is!“ „Baut sie net Kriegsschiffe für den Imperialismus gegen das Interesse der Arbeiter, stimmt das?“ „Ja ja, dös stimmt — aber — — —“ „Untertrieb mi' jert vorderhand net länger, also dös stimmt.“ „Schanzt sie net im Verein mit den bürgerlich'n Parteien im Parlament den Pfaffen ungeheure Wortteile zu, gegen das Interesse der Arbeiter?“ „Ja ja, dös is' sicher a Fehler — aber — — —“ „Also, dös stimmt a. Weiter. Verbiat' sie den Arbeitern geg'n ihr Interesse net den Streit und is mit Leib und Seel für's Schlichtungswesen, wo der Unternehmer den Lohn diktirt? Stimmt dös?“ „Ja ja, dös is' im Interesse der Wirtschaft — — —“ „Ja, wem feiner Wirtschaft, vielleicht gor a Vorteil für den proletarischen Haushalt?“ „Ja, dös net, aber waßt, Karl, dös fan so große Frag'n, dös was Arbeiter net leicht vastehn können.“ „Ja, Peperl, du haßt recht. Da Prolet kann's net vastehn, wan ma furtwährend bürgerliche, kapitalistische Politik macht und cahm sagt, dös liegt alles in sein' Interesse. A ganze Litanei solcher Tatsach'n löm't i' dir no aufzagn, aber es genügt's ja schon die par. Siecht's Pepi, a gonzes Jahr macht die deutsche Sozialdemokratie a Politik, die im Interesse der Reaktion liegt. Ihr Könn't's es schwer vastehn, aber ihr versted't's es leicht, wans am 1. Mai daselbe tuat und fogt, dös liegt im Interesse der Arbeiter. Möglich is so a Zustand nur, weil die Sozialdemokratie aller Länder die Arbeiter über die Bedeutung des 1. Mai net aufklärt. Sie macht aus an Kampstag an Feiertag, und dös mit Absicht, den sie spekuliert schon drauf, daß

dös Arbeiter dan annal leichter drauf verzicht'n werd'n, ebenso leicht als wia an Mariaverdündigungstag. Zu was sollst bei dös schweren Zeitn freiern, wan du die an den Tag a par Groschn verdiena konnst. Is's net so?“ „Ja ja, wan man die Sach' von den Standpunkt betracht wia du, Karl, dan is's ja net so unrichtig.“ „No siecht's Peperl, daß mei Vergleich stimmt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Jörgel hat dös Straß'n im Interesse der Reaktion den Arbeitern verbot'n. Dös Kommunist'n hob'n do Politik durchschaut und hob'n geg'n dös Reaktion kämpft, so kämpft, wia du sagst, daß es die Kapsenberger Arbeiter g'tan hätt'n, wan die Reaktion a Verbot erlass'n hätt. Aber ans kann i' dir versichern Peperl! Die Kapsenberger Arbeiter hätt'n a so a Dabot heilig respektiert, wan es a sozialdemokratischer Landeshauptmann erlass'n hätt', glaubst net, Peperl?“ „Ja, dös glaub i' net.“ „I' glaub' es ganz bestimmt, denn der hätt' dös Verbot den Arbeitern begründet, wos die Reaktion net mit Erfolg können, weil ihr die Arbeiter net glaub'n. Sie hätt' g'sagt, dös Verbot is geg'n die Heimwehr, geg'n dös Reaktion g'richt', damit dös kan Umzug mach'n kann, und deine Genoss'n wär'n aus Disziplin net auf d' Straß'n gangen. Dös Kommunist'n hätt'n dös Verbot so wia in Berlin net respektiert, weil f' den Schwind'l durchschaut hätt'n, und ihr hätt's dan ebenfalle g'sagt, die Kommunist'n schütt'n Wasser auf dös Mühl' der Reaktion. Ihr hätt's es bestimmt so g'sagt, weil's im „Arbeiterwille“ und der „Arbeiterzeitung“ so zum les'n g'wes'n wär. Merkt dir Peperl wer geg'n die Bourgeoisie kan Kampf führt und der so von ihrer Juttaktippen frist der muas parieren, so wia du in der Bude dein Arbeit mach'n muas.“ „Ja, Karl, so is dös net, den was saget'n dan die Wähler?“ „Du siecht's ja was fog'n, i hab' dirs grad auseinand' g'legt. Dös Wähler hob'n als Waff'n papierene Stimmzettl, und dös Suattaktippen hob'n dös Maschin'woch'r. Auf diese Tatsache stützt sich die bürgerliche Gesellschaftsordnung und muas daher, um sich z' halt'n, mit Schwindelpolitik operieren. Und dös haß'n s' dös heilige Demokratie. Wer da mittuat, dir was verspricht von dem Schwindl anhaft cahm aufz'bed'n, der is net dein Genosse.“ „Ja, an Minut'n vor sieb'n, Karl, gleich wird er pfeif'n.“ „Arant di' net, Peperl, dir pfeiff'n s' alleweil was. Wan dir der was pfeift, da haßt wenigstens Erdäpfel, und wanst annal geschaidter wirst, löm't's dir a Fleisch a dazua erobern. Servus!“

S. Th.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Roravorgasse 24. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Wagner, Metallarbeiter, Graz, Neubaugasse 56. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Rauborstraße 52b.